Presseinformation

24. Januar 2008

LR Plank zu Klimaschutz und Ökoenergieförderung

„Bauern sind von Klimaveränderung am stärksten betroffen"

Wie sehr die Bauern von der Klimaveränderung betroffen sind, welche neuen Möglichkeiten es für den ländlichen Raum auf Grund der hohen Erdölpreise gibt und wie die Rahmenbedingungen bei der Ökoenergieförderung verbessert werden können, darüber informierten kürzlich Experten bei einer Klimatagung in der Landwirtschaftskammer in St. Pölten: Fachleute gehen davon aus, dass sich mit dem Klima auch die Standortbedingungen im Pflanzenbau ändern werden. Das hat langfristig auch eine Neuorientierung in der Produkt- und Sortenwahl zur Folge.

Für Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank erweist sich damit der Klimaschutz auch als Anliegen der Sicherheit für die jeweilige Region. Dabei gehe es auch um die nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Energie. Insgesamt gelte es, so Plank, mit dem Einsatz von begrenzten Ressourcen mehr Leistung zu erzielen, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Hier habe die Energieberatung Niederösterreich in erster Linie bei den Haushalten anzusetzen. Energiesparendes Wohnen und Bauen sei aber auch in der Landwirtschaft ein Thema. Statt auf große Lösungen zu warten, „können auch viele kleine viel bewegen."

Zur geplanten Novelle des Ökostromgesetzes meinte Plank, dass Niederösterreich rasch einen strategischen Schritt nach vorne brauche und forderte in diesem Zusammenhang vom Gesetzgeber Planungs- und Rechtssicherheit ein. In Summe seien in Niederösterreich durch den Entwurf des Ökostromgesetzes rund 80 Biogasanlagen sowie Investitionen von 35 Millionen Euro gefährdet. So bekommen beispielsweise die Betreiber von Biogasanlagen für die gelieferte Kilowattstunde je nach Größe des Werkes in Österreich 10,3 bis 16,5 Cent. In Deutschland sind es bis 20,99 Cent, Italien zahlt sogar 30 Cent auf 15 Jahre. „Da liegen Welten dazwischen", so Plank. Auch bei den Einspeisetarifen der Windenergie ist Österreich mit 7,55 Cent weit hinten. Ungarn zahlt 9,2 Cent, Belgien 9, Tschechien 8,6 Cent und Deutschland 8,36 Cent.

„In Deutschland wurden auf diesem Sektor rund 200.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Ein derartiger Weg muss auch in Österreich möglich sein", fordert Plank. Auch deshalb sei für Österreich die Erarbeitung eines neuen, zukunftsorientierten Ökostromgesetzes nach deutschem Vorbild eine zentrale Forderung.

Nähere Informationen: www.landwirtschaftskammer.at/niederoesterreich

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion – Pressedienst
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at